

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

20 Okt/Nov 2021 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation

DEBATTE

War die DDR sozialistisch?

Seite 2

KLIMA

*Der ewige Kampf: Besetzung Lützerath

*Wien: Lobau bleibt!

Ab Seite 5

ÖSTERREICH

Wahlerfolg der KPÖ in Graz

Seite 7

AUS DEN BETRIEBEN

*Berliner Krankenhaus- bewegung

*Nach den Streiks bei der Deutschen Bahn

*Lehrer:innenstreik für kleinere Klassen

Ab Seite 10

DEUTSCHLAND

Nach den Wahlen— Komödie oder Tragödie?

Seite 16

INTERNATIONAL

USA: Die Demokratische Partei und Biden

Seite 18



Kurzschluss

9.10.2021 — der „Heilbringer“ Sebastian Kurz tritt von seinem Amt als Bundeskanzler von Österreich zurück. Ein Paukenschlag, der nicht nur durch die österreichische Medienwelt hallt. Zu Fall wurde die Hoffnung der europäischen Konservativen durch einen weiteren Korruptionsskandal gebracht.

Die Konservativen befinden sich in Österreich und Deutschland in einer zunehmenden Krise, jedoch werden „progressive“ Allianzen von Sozialdemokratie, Grünen und Liberalen uns nicht retten. Die Grünen in Österreich stellen das korrupte und kapitalistische System nicht in Frage, sondern verwalten es mit. Und auch die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock in Deutschland ist die Wunschkandidatin der Konzerne. Sich mit fremden Federn der Klimabewegung schmückend, stehen hinter den großen Worten des Umweltschutzes lediglich Green-

washing, Subventionen von Großunternehmen – sogenannte „Anreize“ – und unsoziale Umverteilung von unten nach oben.

Während in Deutschland die Linkspartei denkbar schlechte Ergebnisse erzielt, kommt es in Graz zu einem Wahlsieg der Kommunistischen Partei Österreichs, das Gespenst des Kommunismus scheint nicht länger zu erschrecken. 52% der Jugendlichen könnten sich vorstellen die KPÖ zu wählen. Wie jedoch das Wahlkarussell auch spielen mag, nur der Klassenkampf von unten und soziale Bewegungen werden ein in sich korruptes und ausbeuterisches System stürzen können.

Die Arbeitenden der Berliner Krankenhäuser und die Aktivist:innen, die in Wien Baustellen gegen das Lobaprojekt besetzen, zeigen erste Schritte vor. ■

War die DDR sozialistisch?

Ein offener Diskussionsbeitrag

Im Oktober vor 31 Jahren hörte die DDR auf zu existieren. Bis heute wird unter Linken über diesen untergegangenen Staat diskutiert. Dabei sind sehr große Differenzen nicht verwunderlich, da Teile dieser Linken, zum Beispiel die DKP mit ihrer Jugendorganisation SDAJ oder auch die davon abgespaltene Kommunistische Organisation (KO), in der ideologischen Tradition jener Parteien stehen, die im Ostblock und in der DDR an der Macht waren.

Wir als RSO sind Trotzki:innen, beziehen uns also positiv auf die Analysen von Leo Trotzki, der als russischer Revolutionär den Stalinismus von Anfang an bekämpft hat. Trotzki:innen haben keinen Grund, sich für den unter Stalin entstandenen Ostblock verantwortlich zu fühlen. Doch auch im trotzkistischen Spektrum gibt es Differenzen und Diskussionen über die DDR. Das ist keine historische oder überholte Debatte, sondern sie betrifft direkt unsere Vorstellungen vom Sozialismus, den wir erkämpfen wollen.

Im August gab es ein Streitgespräch zwischen je einem Genossen der trotzkistischen SAV und der stalinistischen KO¹. Dort kann man die Argumentation der KO, weshalb sie die DDR als sozialistisch ansieht, nachhören. Kurz zusammengefasst: Die DDR war sozialistisch, weil sie das Privatkapital aus der Wirtschaft ausgeschaltet hat. Damit habe sie in ihrem ganzen Wesen den Interessen der Arbeiter:innen und Bäuer:innen gedient, was sich auch an der höheren sozialen Sicherheit im Vergleich zum Kapitalismus erkennen lasse.

kompliziert“ sei (Minute 33 des Streitgesprächs). Daher mussten Spezialist:innen, losgelöst von der Mehrheit der Bevölkerung, den Plan aufstellen.

Wie geht sozialistische Verwaltung?

Hier berühren wir verschiedene Kernpunkte dessen, was Sozialismus ist. Lenin hat wenige Wochen vor der Oktoberrevolution in seinem Werk „Staat und Revolution“ die Perspektive und Möglichkeit des Sozialismus damit begründet, dass der Kapitalismus die „Rechnungsführung und Kontrolle (...)

Die DDR hat jahrzehntelang behauptet, den Sozialismus verwirklicht zu haben, aber der Repressionsapparat (insbesondere die Stasi) war allgegenwärtig und die Planwirtschaft wurde von losgelösten Spezialist:innen bewerkstelligt. Die KO rechtfertigt dies und behauptet, die Spezialist:innen hätten ja im Interesse der Arbeitenden gehandelt.

Doch die Partei- und Staatsbürokratie (Nomenklatura) hatte zwar im Vergleich zu den Ausbeuter:innen im Kapitalismus nur sehr bescheidene Privilegien (die Jagdsitze von Honecker und Co. waren vor allem kleinbürgerlich spießig), aber sie war dennoch von den Arbeitenden und ihren Interessen meilenweit entfernt. Einerseits haben in einer Mangelwirtschaft auch kleine Privilegien Bedeutung (wie das Einkaufen in speziellen Läden mit besserem Sortiment), andererseits war die Macht ein nicht zu unterschätzendes Privilegium, das allorts durch Anpassung an die von oben vorgegebene Linie erkaufte wurde.

Die Grundlage der DDR: ein bürgerlicher Staatsapparat

Um wirklich zu verstehen, wessen Interessen diese Staatsbürokratie vertrat, muss man sich anschauen, wer bei der Entstehung der DDR und dieses Staatsapparates ausschlaggebend war. Stalin war die Stabilität seiner Herrschaft in der Sowjetunion tausendmal wichtiger als die Weltrevolution. Weil er sich nach dem Zweiten Weltkrieg außenpolitische Stabilität erhoffte durch einen Kompromiss mit dem west-

« Das ist keine historische oder überholte Debatte, sondern sie betrifft direkt unsere Vorstellungen vom Sozialismus, den wir erkämpfen wollen. »

Die Arbeiter:innen seien demokratisch beteiligt worden, die Parteiführung der SED habe keine nennenswerten Privilegien gehabt (man brauche doch ihren Lebensstil nur mit dem der Kapitalist:innen zu vergleichen). Es seien vielleicht Fehler gemacht worden, doch der Staatsapparat der DDR habe die „Diktatur des Proletariats“, also die Herrschaft der Arbeitenden verwirklicht. Der Sozialismus müsse „harmonisch“ zentralistisch sein, Vorstellungen von Selbstorganisation durch Arbeiter:innenräte würden dezentralem Chaos das Wort reden. Und dass Planungsentscheidungen nicht von unten korrigiert werden konnten, läge daran, dass der Prozess der Planung „nahezu unendlich

bis zum Äußersten vereinfacht“ hat. Deshalb könne man sofort nach der Revolution zur systematischen Arbeiter:innenkontrolle über die gesamte Produktion übergehen, wobei das „nur eine Stufe“ sei „um weiter vorwärtsschreiten zu können“. Wohin? Dahin, dass „alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit selbst gelernt haben, den Staat zu regieren“ und von diesem Zeitpunkt an „die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu schwinden“ beginnt². Damit ist gemeint, dass der Staat als losgelöster Verwaltungs- und Repressionsapparat abstirbt, weil er nicht mehr notwendig ist.

lichen Imperialismus, war er gegen jede proletarische Revolution in Osteuropa. Den KPD-Funktionär:innen in der zukünftigen DDR wurde eingepflegt: „Die politische Aufgabe bestehe nicht darin, in Deutschland den Sozialismus zu verwirklichen oder eine sozialistische Entwicklung herbeiführen zu wollen. Dies müsse im Gegenteil als schädliche Tendenz verurteilt und bekämpft werden. Deutschland stehe vor einer bürgerlich-demokratischen Umgestaltung...“³. Dementsprechend war auch die KPD am 11. Juni 1945 für „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“. Die KO behauptet, damit sei „die deutsche Bevölkerung“, die vom Faschismus verseucht gewesen sei, behutsam an den Sozialismus herangeführt worden. Nichts könnte falscher sein. Viele Arbeiter:innen waren 1945 froh, vom Faschismus befreit zu sein und bereit zu einer sozialistischen Umwälzung. Nicht umsonst mussten die spontan gebildeten „antifaschistischen Komitees“ von den Stalinist:innen aufgelöst werden.

An deren Stelle haben die Stalinist:innen einen bürgerlichen Staat wiederaufgebaut, unter Einbeziehung bürgerlicher Kräfte und voller Misstrauen gegenüber der Arbeiter:innenklasse. Diese Staatsmaschine wurde weder von der Mehrheit der Arbeiter:innen aufgebaut, noch gewollt und erst Recht nicht kontrolliert.

Eine Diskussion innerhalb des Trotzkismus: DDR verteidigen oder nicht?

Was die Diskussion innerhalb des trotzkistischen Spektrums betrifft, so war der

Vertreter der SAV bei dem erwähnten Streitgespräch ziemlich defensiv, da er selbst die Errungenschaften der DDR als „nachkapitalistische Gesellschaft“ verteidigte. Und hier kommen wir zu einem delikaten Punkt, der die trotzkistische Bewegung viel beschäftigt und oft genug entzweit hat.

«**Verstaatlichung und Einführung der Planwirtschaft war die Übernahme von wirtschaftlichen Methoden des Sozialismus. Sie waren aber ihrer sozialistischen Stoßrichtung dadurch beraubt, dass sie nicht durch eine selbstorganisierte und selbstbewusste Arbeiter:innenklasse durchgeführt wurden.**»

Denn wenn die DDR und die anderen Ostblockstaaten eine Errungenschaft darstellten, so war diese Errungenschaft vom Stalinismus und durch die Rote Armee bewerkstelligt worden und nicht durch eine Arbeiter:innenrevolution. Dann können die Trotzkist:innen sich beklagen über mangelnde Demokratie und Bürokratie, aber der Stalinismus kann für sich in Anspruch nehmen, mit der Abschaffung des Kapitalismus den entscheidenden Schritt vollbracht zu haben, im Gegensatz zu den Trotzkist:innen, die so etwas trotz aller guter Absichten nie hingekriegt haben.

Die meisten Trotzkist:innen bezeichnen die Ostblockstaaten als zwar „deformierte“ aber dennoch „Arbeiter:innenstaaten“, die es zu verteidigen galt. Wohin diese Argumentation führt sieht man in einem

Artikel des „funke“ zum 60-jährigen Jubiläum des Mauerbaus⁴.

Die SED hat die DDR auf ihre Art verteidigt: unter anderem mit Mauerbau und Schießbefehl gegen „Republikflüchtlinge“. Das hat angesichts der massiven Abwanderung von benötigten Arbeitskräften die DDR

„vorläufig stabilisiert“, wie wir im funke-Artikel lesen können. Dass die Arbeitenden mit den Füßen gegen den angeblichen „Arbeiter:innenstaat“ abstimmen, muss dann noch beschönigt werden: Es waren „Facharbeiter, Ärzte und Ingenieure“ sowie „Architekten“, die „gezielt in die BRD“ abgeworben wurden. Letztlich richtete sich der Mauerbau also nur gegen das für die Vorteile des Sozialismus unempfindliche Kleinbürger:innentum und eine Facharbeiter-Elite. Der funke kommt zur Schlussfolgerung: „Der Fall der Mauer ist nicht als fortschrittlich anzusehen, sondern als Niederlage der Arbeiterbewegung.“

Was soll man da sagen? Natürlich hat der Mauerfall den deutschen Kapitalismus gestärkt und war für das westdeutsche Kapital eine Quelle der Bereicherung. Aber die massive Zerstörung

	Kapitalismus	Sozialismus	DDR
Produktionsmittel	Privateigentum des Kapitals	vergesellschaftet (verstaatlicht)	„volkseigene Betriebe“ (verstaatlicht)
Wirtschaftsform	Marktwirtschaft, Konkurrenz	(demokratische) Planwirtschaft, Kooperation	(bürokratische) Planwirtschaft, Konkurrenz und Kooperation
Wer hat die Macht?	Bourgeoisie (kapitalbesitzende Klasse)	Proletariat, Arbeiter:innenklasse (auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft)	Staats- und Parteiapparat (Nomenklatura)
Machtorgane	bürgerlicher Staat (von der Masse der Bevölkerung losgelöster Repressionsapparat)	Arbeiter:innenstaat (rätedemokratisch, Repression nur vorübergehend gegenüber der Minderheit ehemals herrschender Klassen)	bürgerlicher Staat (von der Masse der Bevölkerung losgelöster Repressionsapparat)
Arbeitsverhältnis	Schaffung von Mehrwert, Ausbeutung	Kooperation, Schaffung von Gebrauchswerten	Schaffung von Gebrauchswerten, von Waren für den Markt und von Mehrwert (für das ausländische Kapital)

Vergleich der DDR-Gesellschaft mit Kapitalismus und Sozialismus.



von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit im wiedervereinigten Deutschland ist die Folge des schlechten Kräfteverhältnisses für die Arbeitenden, die unter anderem durch das abschreckende Beispiel eines angeblichen „Sozialismus auf deutschem Boden“ zutiefst desorientiert waren.

Eine internationalistische Perspektive

Doch einen Schritt zurück: War die „Abschaffung des Kapitalismus“ in Ostdeutschland nicht ein wesentlicher Fortschritt, selbst wenn der Sozialismus vielleicht noch nicht verwirklicht war? Das Problem bei dieser Fragestellung ist eine nationalstaatliche Sicht auf die Entwicklung von Revolution und Klassenkampf, was Trotzki Zeit seines Lebens bekämpft hat⁵. Noch viel weniger als in einem Land wie der Sowjetunion lässt sich der Sozialismus in einem halben Deutschland aufbauen.

Nicht jede Verstaatlichung ist ein Schritt in Richtung des Sozialismus, es ist immer die Frage, auf Grundlage *welches Kräfteverhältnisses* und *mit welcher sozialen Basis* die Verstaatlichung durchgeführt wird (es gab auch in erzkapitalistischen Ländern wie Frankreich oder England nach dem Krieg Verstaatlichungen relativ großen Ausmaßes).

Die stalinistische Bürokratie konnte wesentliche Teile der Wirtschaft verstaatlichen, weil das deutsche Kapital den Weltkrieg verloren hatte. Die Verstaatlichung und die Einführung der Planwirtschaft nach russischem Muster war die Übernahme von wirtschaftlichen *Methoden* des Sozialismus. Sie

waren aber ihrer sozialistischen Stoßrichtung dadurch beraubt, dass sie – anders als in den frühen Jahren der Sowjetunion – nicht durch eine selbstorganisierte und selbstbewusste Arbeiter:innenklasse durchgeführt wurden.

In Osteuropa war die „soziale Basis“ die militärische Präsenz der Sowjetunion, deren Panzer 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in Prag die jeweiligen Regime gegen die eigene Bevölkerung „retten“ mussten. Sobald unter Gorbatschow die Sowjetunion ihren Rückzug aus Osteuropa erklärt hat, hatte keines dieser Länder eine eigenständige soziale Basis (vor allem nicht in der Arbeiter:innenklasse) um die angeblich „nachkapitalistischen Errungenschaften“ zu verteidigen.

Der Stalinismus und die Errichtung der DDR mit Unterdrückung der Selbsttätigkeit der Arbeiter:innen haben keine revolutionäre Rolle gespielt, sondern eine den Kapitalismus als Weltsystem stabilisierende Rolle (Aufteilung von Einflussphären unter den Alliierten, Verzicht auf revolutionäre Bestrebungen in Westeuropa, Niederhaltung der Arbeiter:innen in Osteuropa 1956). Die DDR mit Verstaatlichung und Planwirtschaft hat bestenfalls angedeutet, dass diese Methoden der Wirtschaftslenkung ohne privates Profitstreben möglich sind.

Doch da der Lebensnerv des Sozialismus – die freie Selbstbetätigung und schöpferische Initiative der Arbeitenden – fehlte, ist eine bürokratische Miss-

wirtschaft herausgekommen, die letztlich nicht mit Westen konkurrieren konnte.

Ja, es stimmt: Die bürgerliche Ideologie benutzt das Scheitern der DDR, um platten Antikommunismus zu verbreiten. Der bürgerlichen Ideologie müssen wir entgegentreten und die Machbarkeit und vor allem die dringliche Notwendigkeit einer von Ausbeutung und Kapitalinteressen befreiten Wirtschaft verteidigen. Aber nicht, indem wir die stalinistischen Staaten als „sozialistisch“ bezeichnen. Sich diesen toten Ballast der Geschichte aufzubürden, können wir den heutigen Stalinist:innen überlassen. Wir sollten hingegen allen Menschen ein Bild vom Sozialismus aufzeigen, in dem nach Marx' Worten endlich wirklich „die freie Entfaltung des Einzelnen die Bedingung der freien Entfaltung aller ist“. ■

Von Richard Lux, Berlin

Zur Entstehung und den Anfangsjahren der DDR siehe auch unseren Vortrag auf youtube:



Referenzen

- 1 <https://open.spotify.com/episode/7iOUdcVKWcwQAM2eyWa9bi>
- 2 Lenin Werke Bd. 25, S. 488/89.
- 3 Bericht von Wolfgang Leonhard in seinem Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, Köln/Berlin 1955, S. 332/33.
- 4 <https://www.derfunke.de/rubriken/geschichte/2902-der-mauerbau-1961-eine-marxistische-analyse>
- 5 Das er dabei das Erbe des Bolschewismus und Lenins auf seiner Seite hatte, kann man nachlesen im Anhang zu Trotzki's Geschichte der russischen Revolution: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1930/grr/b2-anh02.htm>

Ein ewiger Kampf

Mit Lützerath soll das nächste Dorf in NRW den Braunkohlebaggern zum Opfer fallen. Doch Widerstand lässt nicht auf sich warten

Kurz nachdem fast alle Parteien von einem „Klimawahlkampf“ faselten, zeigt sich nur wenige Tage nach der Bundestagswahl in NRW nun, was die Herrschenden wirklich vom Klima halten. Denn am Freitag, dem 01. Oktober – also nicht einmal eine Woche nach der „Klimawahl“ – begann im Land wieder die „Rodungssaison“, in der Bäume gefällt werden dürfen. Für den großen Energiekonzern RWE nichts anderes als das Stichwort, um zu Gunsten seiner Braunkohleprofite die Zerstörung von Natur und Ökosystem weiter voran zu treiben. Dabei ist es kein Geheimnis, dass RWE – mit Rückendeckung aller NRW-Landesregierungen (egal ob CDU oder Rot-Grün) – zur Versorgung seiner Kohlekraftwerke die Gruben „Garzweiler I und II“ immer weiter vergrößern muss und dabei neben der Natur auch vor der Heimat vieler Menschen nicht halt macht. Ganze Dörfer werden weggebaggert. Akut bedroht ist nun Lützerath, ein kleines Dorf bei Mönchengladbach.

Bei Enteignungen für RWE gilt keine „rote Linie“

Wie in vielen anderen Orten, die den Baggern im Weg waren, wurden auch hier die Häuser der Menschen, die nicht „freiwillig“ verkaufen wollten, zwangsenteignet – ein Vorgehen, das die Landesregierung gnadenlos durchsetzt. Enteignung? Kein Problem! Es geht ja um wirtschaftliche Interessen von Großkonzernen und nicht um die Schaffung von günstigem Wohnraum. Doch die Zeiten, in denen Anwohner:innen diesen Vorgängen tatenlos zusehen, sind längst vorbei. Und so formiert sich auch in Lützerath Widerstand gegen RWE und die Landesregierung. Vor allem nach den vielen Versprechen zu Klimaschutz im Wahlkampf treibt es viele Menschen erneut auf die Straße und in das Dorf, um für eine wirkliche Klimapolitik und eine ernsthafte Energiewende einzustehen. Binnen weniger Wochen wurde Lützerath so von einem beinahe ausge-

storbenen Ort zu einem wichtigen Schauplatz im Kampf für das Klima und gegen die Profitgier der Konzerne.

Der Widerstand wächst

Von hier aus planen Aktivist:innen Gegenangriffe gegen RWE – sei es durch Straßenblockaden oder die Besetzung der Bagger. Auffallend ist, dass immer mehr Menschen nicht nur „Kohle stopp“ fordern, sondern sich gegen den Kapitalismus stellen, den sie für die Umweltzerstörung verantwortlich machen. So fordern die Besetzer:innen der Bagger einen „radikalen Systemwandel“ und auch die Initiative „Lützerath lebt“ kämpft „für eine Welt, in der kein Konzern auf Kosten der Weltbevölkerung Profit machen kann“. Aspekte, die im Wahlkampf kaum Beachtung fanden.

Baggerbesetzungen und Blockaden sind wichtige Schritte um Aufmerksamkeit für diesen Kampf gegen die Klimazerstörung zu wecken, Menschen zu politisieren und auch ein Kräfteverhältnis

gegen die Lügen der Konzerne aufzubauen. RWE und die herrschende Politik stoppen werden sie allein aber nicht. Auch gelingt es bisher nicht, den Kampf nach RWE hineinzutragen und die Beschäftigten auf die Seite der Klimaaktivist:innen zu ziehen. Denn neben der brutalen Polizeigewalt gegen die Baggerstürmer:innen (14 von ihnen wurden festgenommen und sitzen in acht verschiedenen Orten ein) ging auch der Grubenschutz RWEs hart gegen die Aktivist:innen vor. Somit stehen sich Beschäftigte und Protestierende gegenüber – statt gemeinsam gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur eine Front zu bilden.

Fehlende Perspektive Arbeiter:innenklasse

Doch eben hier liegt der Schlüssel zu einem wirklich effektiven Kampf gegen RWE und Co., der den Großkonzernen wirklich gefährlich werden kann. Denn die Besetzung einiger Bagger hält den Betrieb vielleicht für einige Stunden auf, doch nur die Arbeitenden können es schaffen, den Konzernen durch Streiks nachhaltig zu schaden und sie zu einer umweltbewussten Politik zu zwingen. Dafür aber ist eine nachhaltige Orientierung der Klimabewegung auf die Arbeiter:innenklasse nicht nur im Bergbau notwendig, um als glaubwürdige Mitstreiter:innen auch das Vertrauen der von Arbeitslosigkeit und Entwertung ihrer Arbeit bedrohten Kolleg:innen zu erlangen. ■

Von Jonas Schmitt, Aachen



Lobau bleibt! Baustelle besetzt.

Österreichische Klimabewegung in Aktion

Die Proteste der Klimabewegung haben zehntausende Jugendliche und Erwachsene auf die Straßen gebracht, um für eine Klimawende zu demonstrieren. Gleichzeitig blieb das Thema aber oft abstrakt. Eine Baustellenbesetzung ändert das jetzt.

Ende August wurde auf Initiative verschiedener Klimagruppen ein Protestcamp am Wiener Stadtrand (im 22. Bezirk) errichtet. Der Protest richtet sich gegen den Bau des „Lobautunnels“ und der „Stadtstraße“.

Konkret geht es dabei um jahrzehntealte Pläne einer Umfahrung um Wien und einer zusätzlichen Querung der Donau. Dadurch soll der verkehrsbelastete 22. Bezirk entlastet und eine neue Möglichkeit für Transit nach und durch Wien für täglich 60.000 Autos und LKWs geschaffen werden. Das Projekt wird von der Bundesregierung, vor allem aber von der SPÖ Wien vorangetrieben.

Gründe dagegen

Von Expert:innen wird betont, dass neue Straßen weiteren Autoverkehr fördern, anstatt ihn zu reduzieren und dass der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und andere Maßnahmen wirkungsvoller zur Verkehrsentslastung sind. Auch die Bürger:inneninitiative „Hirschstetten retten“ wehrt sich seit Jahrzehnten gegen die Verbauung ihrer Grünflächen mit einer neuen Autobahn. Grundsätzlich schreibt der Bau neuer Straßen den motorisierten Individualverkehr auf Jahrzehnte fest, anstatt die notwendige Verkehrswende einzuläuten. Die Milliarden Euro, die für das Projekt gebraucht werden, könnten in sinnvolle Projekte gesteckt werden.

gründete Ängste, dass das Erholungsgebiet dadurch zerstört wird, aber auch, dass der Grundwasserspiegel durch den Tunnelbau absinken könnte, mit negativen Konsequenzen für Tier, Mensch und Natur. Derzeit wird das Projekt Lobautunnel im Auftrag der Grünen Umweltministerin Gewessler „evaluiert“. Sollte der Tunnel nicht gebaut werden, würde auch die Stadtstraße überflüssig werden.

Camp und Besetzung

Aus diesen Gründen wurde das Protestcamp in unmittelbarer Nähe der ersten Baustellen errichtet. Scheinbar möchte die SPÖ Wien Fakten schaffen, indem sie einfach zu bauen beginnt. Das angemeldete Protestcamp wird von den Gruppen Jugendrat, Fridays for Future, System Change not Climate Change, Extinction Rebellion und „Hirschstetten retten“ organisiert. In den ersten Wochen ist die Anzahl der Zelte deutlich gewachsen, es gibt eine Infrastruktur für die Besetzer:innen. Organisiert wird gemeinsam in Plenarsitzungen. Bewohner:innen aus der Umgebung bringen Lebensmittel vorbei oder unterstützen anderweitig.

Mittlerweile wurden auch die Baustellen selbst von „Aktivist:innen“ (Selbstbezeichnung) besetzt, auch dort wird gecamp, gekocht und diskutiert. Die Besetzung wird derzeit von den

einer Räumung zu produzieren, wird auf Ermüdung der Besetzer:innen gehofft. Bisher ohne Erfolg. Auf den Baustellen und im Protestcamp wurden Solidaritätskonzerte sowie Vorträge und Diskussionen (auch mit bekannten Wissenschaftler:innen) organisiert. Bei den größeren Events waren mehrere hundert Personen anwesend, auf den Baustellen und im Camp halten sich immer mehrere Dutzend Menschen auf.

Ausblick

Die Hoffnung vieler Linker war, dass der Protest gegen den Lobautunnel ein neues „Hainburg“ werden könnte. In der Hainburger Au haben 1984 Proteste und eine Besetzung gegen den Bau eines Wasserkraftwerks stattgefunden, die zu direkten Auseinandersetzungen mit der Polizei aber auch mit sozialdemokratischen Gewerkschaftern (die auf Seiten der Polizei und Kraftwerksbefürworter:innen standen) geführt haben. Damals konnte der Kraftwerksbau verhindert werden. Für Österreich stellt dieser Protest ein historisches Beispiel für erfolgreichen zivilen Ungehorsam dar und hatte maßgeblichen Einfluss auf die Gründung der Grünen Partei und das Entstehen einer ökologischen Bewegung. Derzeit wirken die Proteste gegen den Lobautunnel noch nicht so, als würden sie die Politik in die Knie zwingen können. Gleichzeitig zeigen Umfragen, dass die gesellschaftliche Stimmung zum Tunnelbau kippt und gerade unter jüngeren Menschen keine Mehrheit dafür besteht. Das veranlasst die Stadt Wien dazu, teure Inserate zu schalten, um das Projekt zu verteidigen. Sollte es zu einer Räumung kommen, könnte sich die Situation radikalisieren.

Mobilität und Soziale Frage

Jahrzehntelang wurde von SPÖ und ÖVP eine Politik der Zersiedelung betrieben,

« Eine umfassende Verkehrswende und ökologische Umstellung wird nur erreicht werden, wenn es gelingt, die Kapitalist:innen in den Bereichen fossile Energie, Autoindustrie und Immobilien zu enteignen und mit der Profitlogik zu brechen. »

Der Tunnel unter der Donau soll unter dem Erholungs- und Naturschutzgebiet Lobau verlaufen. Es gibt dabei be-

Eigentümern ASFINAG (bundeseigene Autobahnbaugesellschaft) und der Stadt Wien geduldet. Anstatt unschöne Bilder

durch die eine Abhängigkeit vom Auto geschaffen wurde und notwendige Infrastruktur zu erreichen. Diese Situation kann nicht von heute auf morgen geändert werden. Trotzdem ist ein Autobahnbau keine Lösung, sondern ein Teil des Problems, weshalb wir den Bau ablehnen und die Proteste unterstützen.

Der massive Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist ein Teil der Lösung, es braucht aber mehr. Selbst nach zehn Jahren Rot-Grün in Wien lässt der Ausbau des Radwegenetzes noch stark zu wünschen übrig. Weiters muss die Lebensqualität in den Städten auf ein Niveau gehoben werden, das die Flucht in den Speckgürtel verhindert. Das ist möglich. In den letzten Jahren sprießen in Wien zahlreiche neue Wohnbauten in die Höhe, oft mit begrünten Gemeinschaftsflächen, Spielplätzen, Gärten und sogar Swimmingpools. Doch diese Wohnungen sind für die meisten Menschen unleistbar, sie dienen letztendlich der Profitmaximierung. Statt eines stadtplanerischen Gesamtkonzeptes werden



die besten Flächen an Immobilienfirmen abgetreten. Als öffentlicher Raum bleiben oft nur qualitativ schlechte Restflächen übrig. Eine Arbeitszeitverkürzung kann zusätzliche Zeit schaffen, um nicht in der wenigen freien Zeit mit dem Auto die notwendigen Dinge erledigen zu müssen. Eine umfassende Verkehrswende und ökologische Umstellung der Lebensstile breiter Teile der

Bevölkerung wird nur durch eine Änderung der gesamten gesellschaftlichen Funktionsweise erreicht werden, wenn es gelingt, die Kapitalist:innen in den Bereichen fossile Energie, Autoindustrie und Immobilien zu enteignen und mit der Profitlogik zu brechen. ■

Von Florian Weissel, Wien

ÖSTERREICH

Ein Leuchtturm für die Linke?

Kommunistischer Wahlerfolg in Graz

Memes von Sowjetsoldaten in Graz oder Hammer und Sichel am Grazer Uhrturm fluten die sozialen Medien, die bürgerliche Presse berichtet weltweit über den kommunistischen Wahlsieg und viele Linke auch außerhalb Österreichs haben ihr neues Vorbild in der KPÖ Graz gefunden. Was ist da passiert?

Einleitend: Wir freuen uns, dass dieser Wahlerfolg die Herrschenden besorgt, wie aus der österreichischen Bundesregierung zu hören war. In diesem Artikel wollen wir aber weniger auf diese Wirkung, sondern auf Hintergründe des Wahlerfolgs sowie Geschichte und Politik der KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) eingehen und eine kritische Analyse versuchen.

Der Wahlerfolg

Bei den Gemeinderatswahlen am 26. September in Graz, der Landeshauptstadt der Steiermark und mit 280.000 Einwohner:innen zweitgrößten Stadt Österreichs, ist die KPÖ überraschend zur stärksten Partei gewählt worden.

Die bisherige konservative Bürgermeisterei-Partei ÖVP verlor fast 12 % und erreichte 25,9 %, ihr Kooperationspartner im Rathaus, die rechtsextreme FPÖ, rutschte um 5 % auf nur noch 10,6 % ab. Die Sozialdemokrat:innen haben nicht mal ihr schlechtes Ergebnis der letzten Wahlen halten können und sind unter 10 % gefallen. Dazugewonnen haben die Grünen (+6,8 % auf 17,3 %). Die KPÖ unter Spitzenkandidatin Elke Kahr schaffte mit einem Plus von 8,5 % auf knapp 29 % einen Erdrutschsieg. In absoluten Zahlen erhielt sie 34.283 Stimmen.

Die Wahlen in Graz zeigen einerseits die Unzufriedenheit mit den Parteien, die im Rathaus maßgeblich die Entschei-

dungen getroffen haben, aber auch mit der steirischen Landesregierung. Seit zehn Jahren setzen dort SPÖ und ÖVP unter dem Titel „Reformpartnerschaft“ ein massives Sozialabbauprogramm um. In der Vergangenheit gewann vor allem die FPÖ dadurch, jetzt hat die KPÖ gezeigt, dass auch sie von der Stimmung profitieren kann. Die KPÖ hat stark aus dem Nichtwähler:innenlager, aber auch von SPÖ und Grünen und in etwas geringerem Ausmaß von ÖVP und FPÖ gewonnen.

Was macht die KPÖ?

Der Sieg der KPÖ kommt nicht aus dem Nichts. Bereits in den 90er Jahren hat sich die KPÖ Graz als soziale Partei

einen Namen gemacht und schon bei den Graz-Wahlen 2003 über 20 % erhalten. Der langjährige Wohnbau-Stadtrat Ernest Kaltenegger hat um seine Funktion herum ein System von Beratung und Unterstützung für Arme und Menschen in finanziell Notlagen aufgebaut und einen Großteil seines Gehalts dafür gespendet. Seine Politik wurde österreichweit bekannt.

2017 versuchte die ÖVP dem Einhalt zu gebieten, indem sie das Wohnbauressort an die FPÖ übertrug. Die KPÖ Stadträt:innen Elke Kahr und Robert Krotzer konnten aber auch in den neuen Bereichen öffentlicher Verkehr sowie Gesundheit und Pflege punkten und setzten auch die Wohnberatungen fort. Weiterhin spendeten sie die Mehrheit ihres ca. 6.000 Euro hohen Einkommens in einen Sozialfonds und behielten nur knapp 2.000 Euro. Auch ein Teil der Gelder, die die KPÖ als Partei im Gemeinderat erhielt (Klubförderung), floss in diesen Sozialfond, wodurch seit 1998 ca. 2,5 Millionen Euro an Bedürftige ausbezahlt wurden. In Tausenden Beratungsgesprächen wurde ein direkter Kontakt mit Betroffenen hergestellt.

Die KPÖ Graz betont, dass sie für die Schwächsten da ist und ihnen hilft. So ist auch auf ihren Plakaten neben „Wir sind alle Graz“ ihr Motto „helfen statt reden“ zu lesen. Von verschiedenen linken Kräften wird die KPÖ Graz deshalb auch als „Caritas-Partei“ kritisiert, die sozialarbeiterisch agiert, aber die Arbeitenden und Unterdrückten nicht kämpferisch organisiert. Bürgerliche und liberale Kräfte versuchen sich damit zu beruhigen, dass die KPÖ nicht aufgrund des Kommunismus gewählt wird, sondern aufgrund ihrer Sozialarbeit.

Die KPÖ und der Kommunismus

Die Bundes-KPÖ hat nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Kind mit dem stalinistischen Bade ausgeschüttet. Auch die Idee einer sozialistischen Revolution durch die Arbeiter:innenklasse wurde aufgegeben und durch linksreformistische Ideen und Hoffnungen in neue Parteien und Bewegungen ersetzt. So ist die Bundes-KPÖ auch die Schwesterorganisation der deutschen LINKEN, orientiert auf neue Linksparteien wie Syriza oder Podemos und kandidierte zu den EU-Wahlen in linken Bündnissen.

Die KPÖ Steiermark hat diesen Schritt nicht mitgemacht und vertritt eine „traditionelle KP-Linie“, distanziert sich nicht vom Stalinismus und setzt verkürzt gesagt auf die soziale Frage statt auf Identitätspolitik. KPÖ-Stadtrat Krotzer, der vermutlich Elke Kahr nachfolgen wird, war bis vor ein paar Jahren noch Vorsitzender der Kommunistischen Jugend (KJÖ), die mit der DKP-nahen Jugendorganisation SDAJ in Deutschland verbunden ist. Anders als die Bundespartei und mit „linksnationalistischen“ Tönen fordert die steirische KPÖ einen EU-Austritt. Skandalös war die während der Flüchtlingskrise 2015 getätigte Aussage eines steirischen KP-Führers zum österreichischen Grenzregime: ein „Staat ohne Grenzen sei ein Eunuchenstaat“, was von der Rest-KPÖ verurteilt wurde.

Generell existiert die KPÖ Steiermark relativ unabhängig vom Rest der KPÖ, oft gelang nicht einmal ein gemeinsamer Wahlkampf zu den Parlamentswahlen. Vor einigen Monaten hat sich allerdings in der Führung der Bundes-KPÖ ein Generationenwechsel vollzogen. KPÖ-Aktivist:innen aus anderen Bundesländern haben den Grazer Wahlkampf unterstützt und versuchen auch jetzt vom Wahlerfolg zu profitieren. Ob tatsächlich eine Annäherung der zerstrittenen Strömungen stattfindet, ist aufgrund der massiven inhaltlichen Differenzen schwer zu sagen.

KPÖ als Leuchtturm?

Die KPÖ Steiermark gilt schon länger für viele österreichische Linke als Vorbild. Angesichts der Wahlniederlage der LINKEN in Deutschland wird auch dort neugierig nach Graz geblickt.

Tatsächlich ist es erfreulich, dass eine Partei mit Kommunismus im Namen in Österreich Wahlen gewinnen kann. Die Bürgerlichen sind bemüht die KPÖ zu verteufeln und es gibt eine Stimmung, in der über linke Politik und Alternativen links von Sozialdemokratie und Grünen diskutiert werden kann. Für die Menschen in Graz scheint eine Stärkung der „nützlichen“ Partei KPÖ jedenfalls auf den ersten Blick hilfreich.

Das in vielem sympathische Wahlprogramm für ein „Soziales und ökologisches Graz“ umfasst Maßnahmen gegen Teuerung, Ausbau des öffentlichen Ver-

LINKE in Österreich

Die KPÖ erscheint österreichweit hauptsächlich bei Wahlen auf der Bildfläche. In sozialen Bewegungen und Kämpfen ist sie wenig präsent. Trotzdem hat sich zuletzt einiges rund um diese Partei getan.

Die KPÖ setzt seit vielen Jahren auf unterschiedliche (Wahl-) Bündnisse und Kooperationen, was manchmal zu verwirrenden Situationen führen kann. So existieren in Wien noch Überbleibsel der Kandidatur „Wien anders“, sind Plakate des Wahlkampfes von „KPÖ Plus“ zu finden und letztes Jahr wurden Bezirksräte der Liste LINKS-KPÖ gewählt.

Die 2017 von der Grünen Partei ausgeschlossenen Jungen Grünen sind mittlerweile als „Junge Linke“ die inoffizielle Jugendorganisation der KPÖ, ihre Aktivist:innen treten der KPÖ bei und einige sind auch Teil des neuen Bundes-sprecher:innenkollektivs der KPÖ. Gleichzeitig orientiert die Junge Linke politisch aber auf die KPÖ Steiermark.

2020 hat in Wien die neue Formation LINKS gemeinsam mit der KPÖ zu den Bezirks- und Gemeinderatswahlen kandidiert. In manchen Bezirken gibt es gemeinsame Bezirksgruppen von LINKS und KPÖ. Gleichzeitig hat sich die Junge Linke zwar an der Gründung von LINKS beteiligt, sich aber bald wieder mit politischer Kritik zurückgezogen.

Im Wahlkampf in Graz haben sich jetzt sowohl Aktivist:innen der Bundes-KPÖ, der Jungen Linken, als auch von LINKS beteiligt. Ob dadurch engere politische Zusammenarbeit entsteht oder politische Differenzen und Organisationsinteressen überwiegen, wird sich zeigen.



kehrs, Errichtung neuer Gemeindewohnungen und den Erhalt und Ausbau von Grünflächen. Für dieses Programm braucht die KPÖ nicht nur die Unterstützung anderer Parteien, sondern wird auch mit Gegenwind der bürgerlichen Parteien und der Herrschenden zu rechnen haben. Ohne kämpferische Mobilisierungen werden einer solchen Politik im Gemeinderat schnell Grenzen gesetzt sein. Nur verbunden mit Bewegungen könnten aber im freien Spiel der Kräfte bestimmt etliche Maßnahmen umgesetzt werden.

« Die KPÖ Graz wird auch als Caritas-Partei kritisiert, die sozialarbeiterisch agiert, aber die Arbeitenden und Unterdrückten nicht kämpferisch organisiert. »

In den ersten Interviews nach der Wahl gibt sich Elke Kahr sehr zurückhaltend. Sie wäre bereit den Bürgermeisterposten zu übernehmen, weil die Menschen es von ihr erwarten. Konfrontiert mit den „Gräueltaten des Kommunismus“ und

der KPÖ-Forderung nach Enteignung der Konzerne verweist sie auf ihre Rolle als Lokalpolitikerin und dass „normale Menschen“ diese Fragen nicht interessieren.

Eine revolutionäre Partei könnte die Situation nutzen, um auf die Ungerechtigkeiten und desaströsen Folgen des Kapitalismus, die ungeheure Macht der Banken und Konzerne und die Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft hinzuweisen. Auch wenn der Sozialismus nicht in Graz und nicht über den

Gemeinderat eingeführt werden kann, versäumt die KPÖ mit ihrer Trennung in ein umsetzbares Minimalprogramm und ein in ferner Zukunft zu erreichendes sozialistisches Endziel, eine Perspektive zur Umgestaltung der Gesellschaft zu

geben. Zudem verbleibt die KPÖ in ihrer Rolle als Stellvertretungs- und Wahlpartei statt systematisch eine klassenkämpferische Basisorganisation aufzubauen und voranzutreiben.

Wie weiter für die Linke?

Die Linken müssen die aktuelle Stimmung aufgreifen und das Interesse an Kommunismus nutzen, aber auch deutlich machen, welche Grenzen eine „Kümmerer-“ und Stellvertreter:innenpolitik im Kapitalismus haben muss. Für uns bedeutet das, die Perspektive von Selbstorganisation der Betroffenen und der Verankerung revolutionärer Ideen in der Arbeiter:innenklasse zu verbreiten, die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution zu betonen und nach Möglichkeit unserer Kräfte an Kämpfen und sozialen Bewegungen teilzunehmen. ■

Von RSO Wien

Sie retten Leben – aber wer rettet sie?

Seit September sind bzw. waren die Kolleg:innen des Berliner Universitätsklinikums Charité, des städtischen Klinikverbunds Vivantes sowie die Servicetöchter von Vivantes im Streik. Sie forderten mehr Personal auf Station und in verschiedenen Bereichen wie OPs, Kreissäle, etc. sowie den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes¹ (TVÖD) bei den Servicetöchtern (diese waren nach dem Outsourcing Anfang der 2000er Jahre weitestgehendes tariflos). Und zusammen streiken ergibt Sinn, denn am Ende haben Personalmangel und Ausgliederungen die gleiche Ursache – Geld sparen und das auf Kosten der Beschäftigten.

Endlich gemeinsam

Schon 2015 und 2017 gab es verschiedene Streiks der Kolleg:innen an der Charité für mehr Personal. Diese endeten zwar in einen Tarifvertrag (Gesundheitsschutz), doch brachte dieser keine spürbare Entlastung für viele Kolleg:innen. 2021 wurde dann zum ersten Mal gemeinsam im Rahmen der *verdi*² Kampagne „Berliner Krankenhausbewegung“ mobilisiert: Kolleg:innen von Charité, Vivantes und Vivantes-Töchtern streiken zusammen und für gemeinsame Forderungen. Die Solidarität untereinander ist und war groß. Immer wieder wurde betont, sei es auf dem Streik oder während Pressekonferenzen, dass nur, nachdem alle Forderungen erfüllt wurden, gemeinsam aufgehört wird.

handeln. Laut Kooperationsvereinbarung sei nicht klar bestimmt, wer eigentlich für das größte Kliniklabor Europas zuständig sei.

Eine weitere erwähnenswerte Tochter ist größte Tochter der Charité, die CFM (Charité Facility Management), die jedoch nicht mit gestreikt hat. Die Kolleg:innen kämpften seit Jahren für den TVÖD – und just bevor die Berliner Krankenhausbewegung startete, wurde hier der Kampf mit einer Schlichtung zwischen *verdi* und der CFM-Geschäftsführung beendet. Der verhandelte Haustarifvertrag liegt unter dem TVÖD und es wurde auch keine Angleichung an diesen in der Zukunft festgelegt. Damit wurde die größte und kampferfahrenste Tochter aus der jetzigen Streikbewegung rausgezogen –

sind über Stationen gezogen, haben die durchgeführten Interviews und Besprechungen zur Forderungsfindung sowie Abstimmung begleitet und haben so einen großen Beitrag zur Mobilisierung geleistet. Sie haben Vertrauen unter den Kolleg:innen gewonnen und übernehmen wesentliche praktische Aufgaben der Streikorganisation. Natürlich ist diese Unterstützung wichtig für den Anfang, aber inwieweit die Organizer:innen es geschafft haben, die Kolleg:innen zu aktivieren, ihren eigenen Streik selbst zu organisieren, lässt sich erst in den nächsten Tagen abschätzen – denn aufgrund der (ungeplanten) Länge des Streiks bei Vivantes und den Töchtern wird die Zahl der Organizer:innen gerade heruntergefahren.

Gesundheitsversorgung und die Politik

Die „Berliner Krankenhausbewegung“ ist nicht die erste ihrer Art in Deutschland. In Jena gab es z. B. erfolgreiche Kämpfe für eine Mindestbesetzung. Dort nutzten die Kolleg:innen und die Gewerkschaft die bevorstehenden Wahlen, um den politischen Druck zu erhöhen und um ihre Forderungen durchzusetzen.

Diese Strategie wurde auch in Berlin verfolgt – der Streik wurde bewusst vor den Bundes- und Landtagswahlen gestartet. Dass der Kampf zeitlich über die Wahlen hinaus geht – damit haben *verdi* und viele Kolleg:innen wahrscheinlich nicht gerechnet. Das auf die SPD³, höchstwahrscheinlich wieder Regierungspartei in Berlin, nicht zu setzen ist, sehen wir schon jetzt: SPD-Mitglieder (Finanzsenator Kollatz, Gesundheitsministerin Kalayci oder Noch-

«Die Solidarität untereinander ist und war groß. Immer wieder wurde betont, sei es auf dem Streik oder während Pressekonferenzen, dass nur, nachdem alle Forderungen erfüllt wurden, gemeinsam aufgehört wird.»»

Outsourcing dient nicht nur dem Sparen

Die Nachteile des Outsourcings sind für die Kolleg:innen nicht nur bei der Bezahlung, sondern auch beim Streik spürbar. Viele Tochterunternehmen führen eben auch zu einer Spaltung der Belegschaft. Ein Beispiel: Im Labor Berlin, welches gemeinsam von Charité und Vivantes betrieben wird, wurde von Anfang an nicht nur mit Repressionen gedroht (siehe Aurora Nr. 18), sondern die Geschäftsführungen weigerten sich, diesen Bereich überhaupt zu ver-

was den Streik insgesamt nur schwächen konnte. Dieser Abschluss erweist sich außerdem als Bumerang und soll nun auch als Vorbild für die Vivantes-Töchter dienen – am Ende ist das für die Chefs immer noch billiger als der TVÖD für alle.

Organizer:innen für die Selbstermächtigung?

Für die Mobilisierung und Organisation des Streiks wurde erstmalig in Berlin eine Organizer-Firma von *verdi* beauftragt. Die Organizer:innen haben im Vorfeld alle Kolleg:innen angerufen,



Regierender Bürgermeister Müller) sitzen mit im Aufsichtsrat von Charité und Vivantes und geben Rückendeckung für die Chefs. Zusammen mit den Chefs wollen sie scheinbar den Streik bei Vivantes und den Töchtern aussitzen. Anders ist die Frechheit der Geschäftsführungen gegenüber den Streikenden und die Blockade einer Notdienstvereinbarung (siehe Aurora Nr. 18) in landeseigenen Unternehmen nicht zu erklären.

Öffentlich weisen Politik und die Geschäftsführungen die Schuld von sich. Die Geschäftsführung von Vivantes sagt z. B., sie benötigen eine Gegenfinanzierung für mehr Personal und TVÖD vom Senat, der Senat sagt aber, der Bund müsse handeln. Mindestens 20 Jahre lang wurden die Berliner Häuser gezwungen, Investitionen und Modernisierungen der Gebäude und des Geräteparks (wofür eigentlich das Land aufkommen müsste) über den laufenden Betrieb – also von den Geldern der Krankenkassen, die die Löhne finanzieren – zu stemmen. Und das, obwohl im Koalitionsvertrag der Berliner Regierung von 2016 festgelegt wurde, dass genau das nicht mehr stattfinden soll. Interessanterweise findet sich dort auch der Passus, das in den Töchtern der landeseigenen Unternehmen der TVÖD zur Anwendung kommen soll.

Wer gefährdet wen

Vor allem von der Vivantes-Geschäftsführung wird verkündet, dass der Streik Patient:innen gefährde. Dabei wird verschwiegen, dass ein 100-tägiges

Ultimatum vorausging, um Verhandlungen zu beginnen – doch dieses Ultimatum wurde ignoriert von Geschäftsführung, Vorstand, Aufsichtsräten und Politik. Sie haben einen Streik bewusst in Kauf genommen und sie verzögern die Verhandlungen – zu Lasten der Patient:innen.

Oft betonen sie, dass kein Personal auf „dem Markt“ vorhanden wäre. Abgesehen davon, dass sie diese Entwicklung hingenommen genommen haben, gibt es eine Masse an ehemaligen Pflegenden, die zurück in die Klinik gehen würden – wenn die Rahmenbedingungen besser wären. So hat eine Umfrage des Hebammenverbandes unter Hebammen ergeben, dass viele aus der Selbstständigkeit oder Leasing zurück in die Klinik gehen würden, wenn sich dort die Arbeitsbedingungen endlich verbessern würden.

Salamitaktik – ein Betrieb nach dem anderen verhandeln

Am Donnerstag, dem 07.10 wurde ein Eckpunktepapier zwischen verdi und Charité unterschrieben mit der mehrheitlichen Zustimmung der Teamdelegierten⁴. Der Streik wurde hier ausgesetzt. Bei Vivantes gab es ein unzureichendes Angebot, welches von den Kolleg:innen abgelehnt wurde. Die Verhandlungen bei den Töchtern stehen weiter auf der Stelle. Vivantes und Töchter wollen weiter streiken, doch ohne Charité-Kolleg:innen verliert der Kampf an Stärke. Wie können sie weiterhin solidarisch sein? Kann eine (sehr lange) Betriebsversammlung einberufen

werden? Können Streikposten besucht werden oder Delegationen hingeschickt werden? Fast 30 Tage gemeinsamer Streik haben zusammengeschweißt und die gemeinsam gemachten Erfahrungen können nicht rückgängig gemacht werden. Die nächsten Tage und Wochen werden entscheidend sein. ■

08.10.2021 — Von Rosa Anders und Havannas Obst, Berlin

Mehr zu den Kämpfen und unser Betriebsflugblatt an der Charité findet ihr hier:



Referenzen

- 1 Kollektivvertrag in Österreich
- 2 Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
- 3 Sozialdemokratische Partei Deutschlands; stellte den regierenden Bürgermeister in Berlin für viele Jahre unter verschiedenen Bündnissen mit der Linkspartei, den Grünen oder der CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands).
- 4 Teamdelegierte sind (teils gewählte) Vertreter:innen von Stationen oder Funktionsbereichen, die hauptsächlich Informationen z.B. zu den Verhandlungen, Streikplänen, etc. in die Station zurück tragen. Während den Verhandlungen 2021 werden und wurden sie als beratenes Gremium hinzugezogen.

Nach den Streiks bei der Deutschen Bahn:

Claus oder Klaus – wer ist der Sieger?

Die diesjährige Verhandlungsrunde über die Tarifverträge wurde für beendet erklärt¹. Seiler, oberster Personalchef im Vorstand der Deutschen Bahn (DB), zeigt sich zufrieden und bleibt seiner Linie treu: Die Tarifabschlüsse seien eine „Wertschätzung“ der Bahner:innen. Was für ein lächerliches Schauspiel.

Zum Ergebnis: Nach den üblichen Drohungen und dem Gejammer der DB von wegen Corona und Krise hatten die Chefs der größeren Bahngewerkschaft EVG im letzten Jahr Null Prozent Lohn-erhöhung für 2020/2021 und lediglich 1,5 % Lohnerhöhung ab 1. 1. 2022 zugestimmt². Frühestens 2023 soll wieder über Löhne gesprochen werden. Das hatte für viel Ärger gesorgt. Klaus Hommel, Chef der EVG und umschmeichelt vom Bahnvorstand, zögerte trotzdem nicht, die kleinere Bahngewerkschaft GDL (und vor allem deren Vorsitzenden, den anderen Claus, Claus Weselsky) dafür zu bashen, dass sie sich diesem Diktat der DB nicht unterwerfen wollten. Die GDLer:innen zeigten mit den Streiks diesen Sommer stattdessen, dass sie sich nicht verarschen lassen wollen. Die DB hat sich schließlich Mitte September gegenüber der GDL verpflichtet,

am 1. 12. 2021 1,5 % Lohnerhöhung und zum 1. 3. 2023 nochmal 1,8 % zu zahlen plus Coronaprämie von maximal 1.000 Euro neben einigen weiteren für die Bahner:innen wichtigen Punkten: Eine Betriebsrente wurde zumindest für die derzeit Beschäftigten gerettet. Besondere Teilzeitregelungen im Alter bleiben. Das war besser als das, was die EVG letztes Jahr ohne Streiks rausgeholt hatte. Auch wenn die Mini-Lohnerhöhungen angesichts der steigenden Preise ein dickes Minus bedeuten! Da gibt es nichts schönzureden. Claus Weselsky lässt sich seitdem als wahren Arbeiterführer feiern. Daraufhin forderte die EVG einen Nachschlag und die DB sagte nun Anfang Oktober der EVG innerhalb weniger Tage locker auch eine Coronaprämie von insgesamt 1.100 Euro zu sowie ein paar Dinge mehr. Ja, richtig gelesen, für die EVG gibt es 100 Euro mehr. Eine Bleibe-

prämie, damit die Leute nicht zur GDL wechseln. Am Ende unterscheiden sich die Regelungen in den Tarifverträgen der EVG und der GDL kaum noch.

Streiks, die sich gelohnt haben

Nach den Streiks im August hatte es weitere fünf Streiktage Anfang September gegeben. Die DB, die noch viel weniger zahlen wollte und stärkere Kürzungen bei der Betriebsrente verlangt hatte, konnte sich nicht durchsetzen. Die DB konnte deutlich den Frust und Druck der Streikenden spüren, auch wenn sie nach außen einen auf cool gemacht haben. Das Kalkül der Bahn ist nicht aufgegangen, sie wollte schon letztes Jahr lieber Ruhe im Karton. Und die Bahnstreiks haben die Wirtschaft insgesamt genervt, zumal es aktuell viele Streiks gibt. In Berlin gab es zum Zeitpunkt der Streiks und auch danach



eine große Krankenhausbewegung mit Solidaritätsbesuchen von GDLern. Und dann waren da auch noch die bevorstehenden Bundestagswahlen...

Die Streiktage waren Gelegenheiten zum Austauschen und Kennenlernen. Bei den Streikposten und in den Streiklokalen

darität zeigten, z.B. in Berlin, kam das supergut an.

Weselsky hat sich stattdessen Freunde auf der ganz anderen Seite gesucht: Die GDL ist Teil eines Bündnisses mit den Privatbahnen mit der Forderung nach Aufspaltung des Bahnkonzerns und

mitreißende Reden hielten, in sehr kleinem Kreis bereits mit der DB verhandelte, sickerte nur sehr langsam durch. Der plötzliche Abschluss brachte dann weder große Begeisterung noch Enttäuschung. Für manche blieb aber ein bitterer Geschmack: Sie haben im Streik den Kopf hingehalten und dann werden die Verträge doch in 5-Sterne-Restaurants eingestielt?

Weselsky und seine Leute im Vorstand machten einen kämpferischen Eindruck und haben die Dinge ausgesprochen, die den Leuten auf dem Herzen liegen. Aber sie nehmen – wie alle Gewerkschaftschefs – für sich in Anspruch, am besten zu wissen, was richtig ist. Schließlich seien sie ja demokratisch gewählt. Da unterscheidet sich die GDL nicht von anderen Gewerkschaften, wo alles von oben gesteuert wird und Streiks möglichst vermieden und in kleinem Rahmen gehalten werden. Aber im Streik entwickelt sich oft eine eigene Dynamik.

Die Streikbereitschaft steigt. Mehr Menschen werden in den Streik hineingezogen, als das im üblichen Gewerkschaftsalltagsleben der Fall ist. So war das auch wieder bei diesen Streiks, wenn auch lokal sehr unterschiedlich und abhängig davon, ob Gewerkschaftsaktivist:innen etwas auf die Beine gestellt haben. Neue Ideen entstehen. Die große Fahrraddemo in Berlin wurde von „normalen“ Gewerkschaftsmitgliedern aus der Ortsgruppe geplant.

« Die DB konnte deutlich den Frust und Druck der Streikenden spüren, auch wenn sie nach außen einen auf cool gemacht haben. »

waren ständig Streikende der verschiedenen Bahnbereiche am Diskutieren: Lokführerinnen, Zugbegleiter, Leute von der Instandhaltung Der „längste Stammtisch“ hat sich schon deshalb gelohnt. Mit jedem Streiktag haben sich mehr Bahner:innen verschiedener Bereiche angeschlossen. Viele Aktionen haben ein kollektives Gefühl geschaffen, viele neue persönliche Verbindungen sind entstanden. Das wird nicht so schnell verschwinden und ist nötig für die nächste Zeit. Die große Fahrraddemo in Berlin am letzten Streiktag mit mehr als 200 Radfahrenden und mehr als 300 vor dem Hauptbahnhof auf der Kundgebung, war sicher eine der größten und begeisterndsten Aktionen.

Die Streiks hatten ihre Wirkung. In manchen Regionen fielen 90 % der Züge aus.

Die Macht der Gewerkschaftszentralen und ihre Geheimverhandlungen ... das übliche Spiel

Aber tatsächlich hat der GDL-Vorstand zu keiner Zeit die ganze Kraft der Bahner:innen in die Waagschale geworfen. Es blieb bei einzelnen Streiktagen. Nie richtete sich der GDL-Vorstand an alle Bahner:innen aller Bereiche, sondern nur an die eigenen Mitglieder, die bei der DB eine klare Minderheit sind. Weselsky & Co waren auch nicht zimperlich, wenn es darum ging, gegen die EVG anzustinken. Dem DB-Vorstand hat das gepasst. Sie haben eine schöne Spaltung orchestriert: hier die nette EVG, dort die GDL mit ihrem machtvollen Anführer. Dabei gibt es unter den Bahner:innen vieles an Forderungen, was sie vereinigt, und der Streik der GDL-er hatte sehr wohl Sympathie. Wenn EVG-ler bei Streikposten vorbeikamen und ausdrücklich Soli-

mehr „Wettbewerb“ auf der Schiene. Solche ekligen Freundschaften zeigen, wo der GDL-Vorstand politisch steht. Und Dezember 2018, als die EVG für ein paar Stunden sehr erfolgreich streikte, wetterte Weselsky dagegen: Die Streiks trafen auf eine geschwächte Bahn, da müsse man als Gewerkschaft ein bisschen Rücksicht nehmen. Claus und Klaus, sie sind sich doch ähnlicher, als es scheint ...

Mit Demokratie hat es die GDL nicht so. Alle Entscheidungen traf der GDL-Vorstand unter sich. Den GDL-ern wurde nur eine kämpferisch abwartende Rolle zugestanden. Das bezieht sich zum einen auf die Forderungen. Der ursprüngliche Forderungskatalog wurde, zur Freude der DB, noch vor den Streiks vom GDL-Vorstand selbst zusammengestrichen ohne Diskussionen. Der mauere Abschluss war damit vorprogrammiert. Das bezieht sich aber auch auf den Streikrhythmus.

« Die Streikbereitschaft steigt. Mehr Menschen werden in den Streik hineingezogen, als das im üblichen Gewerkschaftsalltagsleben der Fall ist. »

Die Wahl der Streiktage war ein Mysterium; obwohl es durchaus genug Wünsche und Vorstellungen bei den Streikenden selbst gab. Der GDL-Vorstand hatte immer den Fuß auf der Bremse. Nach dem Streikblock Anfang September war die Stimmung nach der großen Fahrraddemo in Berlin voll in Richtung Streik bis zur Unterschrift (und nicht nur in Berlin). Aber danach hieß es nur Abwarten und google-news checken. Weder über die Geheimverhandlungen selbst noch über die Inhalte der Gespräche gab es Erklärungen. Dass Weselsky schon während der letzten Streiktage, an denen er noch voll

Warum soll die Meinung der Streikenden nicht zählen? Auch das bringt der Streik: mehr Austausch und mehr Diskussionen zur Einschätzung der Situation. Die GDL-Spitze brauchte sich tatsächlich keine Sorgen machen, dass ihre zentrale Rolle in Frage gestellt wird. Aber für Gewerkschaftsaktivist:innen, die sich fragen, ob und wie ein besseres Ergebnis rausgeholt werden könnte, wie der Streik hätte gestärkt werden können, stellen sich diese Fragen.

Das Tarifeinheitsgesetz, ein Werkzeug mehr gegen die Arbeitenden

Aber die rechtlichen Probleme ... ja,



davon gab es viele. Das Tarifeinheitsgesetz hing wie ein Damoklesschwert über dem Streik. Es wurde geschaffen, um die Vorherrschaft der großen Gewerkschaftsapparate, die wenig zu Streiks aufrufen, zu sichern. Auch dieses Mal wollte die DB den Streik der GDL verbieten lassen. Aber das Gesetz hat offensichtlich nicht die Streikbereitschaft ausgebremst, ganz im Gegenteil!

Offene Diskussionen, Streikversammlungen, in denen es Berichte gibt und jeder gleichberechtigt mitreden kann, geben die Möglichkeit, Aktivitäten zu planen und alles zu diskutieren: Streiktaktik, die Auf's und Ab's in der Streikbereitschaft und die Angebote der DB.

Wenn alle Tarifverträge unterschrieben sind, werden in jedem Betrieb die Gewerkschaftsmitglieder gezählt und bestimmt, wer die Mehrheit hat. Das ist die Folge des Tarifeinheitsgesetzes. Dann werden in den meisten Betrieben nur die EVG-Tarifverträge gelten, in wenigen dann nur die der GDL. Das komplizierte Wirrwarr an Tarifregeln bei der DB wird noch schlimmer. Ein bisschen Spaltung mehr, das ist Musik in den Ohren des Managements.

Alle gemeinsam für alle? Aber ja!

Wäre mehr rausgekommen, wenn die Gewerkschaftsvorstände der EVG und

GDL zusammengehalten hätten? Die Bahner:innen, die dieses Konkurrenzgehebe nervt (und das sind viele), fragen sich das. EVG-Hommel selbst redet davon, dass Zusammenhalt besser gewesen wäre. Aber Leute wie er meinen damit „zusammen“ dem Unternehmen zu Diensten sein!

Die Bahner:innen selbst arbeiten im Arbeitsalltag zusammen und müssen gegen die ständigen Zumutungen der DB zusammen halten. Sie werden diesen gewerkschaftsübergreifenden Zusammenhalt selbst pflegen oder aufbauen müssen!

Betriebsfrieden à la Deutsche Bahn

Die DB zeigt sich zufrieden, denn sie erwartet bis 2023 keine Streiks. Das war dem Vorstand wichtig. Jetzt ist viel von Wiederherstellung des „Betriebsfriedens“ die Rede. Aber die alltäglichen Probleme gehen weiter. Bei der S-Bahn Berlin wird an der Sekundenschraube gedreht: Mit verschiedenen Maßnahmen werden Arbeitsabläufe im Fahrbetrieb verdichtet, auf dass ein paar Minuten eingespart werden. Für die ICEs gibt es Pläne, im Restaurantbereich Personal zu sparen. Es gibt bei der DB keinen Frieden zwischen Management und Beschäftigten.

Aber wenn die Bahner:innen es schaffen Verbindungen zu halten und neue aufzubauen, um sich gegen die alltäglichen

Zumutungen wegen des Personalmangels, der Weisungsflut, der technischen Probleme und des Stresses zu wehren, könnte es doch schnell wieder ungemütlich werden für das Bahnmanagement. ■

Von Sabine Müller, Berlin

Mehr zu den Kämpfen und unser Betriebsflugblatt bei der Deutschen Bahn findet ihr hier:



Referenzen

- 1 Eine Zwischenbilanz zu den Streiks in der aurora-Ausgabe Nr. 19, September 2021: „Der nächste Streik wird länger und härter“ - Die Streiks bei der Deutschen Bahn.
- 2 Zu diesem „Bündnis für unsere Bahn“ in der Aurora-Ausgabe Nr. 12, Oktober 2020: Deutsche Bahn feiert „Solidarität“ mit sich selbst.

Streik für kleinere Klassen

Am Mittwoch, dem 6. Oktober sind in Berlin 500 Lehrkräfte in einen eintägigen Warnstreik getreten. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) rief 28 Berliner Schulen auf, sich am Streik zu beteiligen. Da gerade in Berlin Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung stattfinden, fuhr die Fahrraddemo vor die Parteizentralen von Grünen, FDP, SPD und Linkspartei. Die Landesparteizentrale der CDU konnte nicht angefahren werden, weil sie wegen der steigenden Mieten an den Stadtrand umgezogen ist.

Kleinere Klassen – besser für alle

Bereits seit 2018 versucht die Berliner GEW einen Tarifvertrag zum Thema Gesundheitsschutz in die Wege zu leiten. Die Idee stammt aus der Krankenhausbewegung, die seit Jahren einen festen Personalschlüssel zwischen Patient:innen und Beschäftigten tariflich regeln will. Bisher hatte die Gewerkschaft wegen Corona darauf verzichtet zu Streiks aufzurufen. Dies soll sich in den nächsten Monaten ändern. Um die Probleme und Forderungen der Berliner Lehrkräfte zu verstehen, hat die GEW im Januar 2021 eine Befragung durchgeführt, an der sich 2000 Beschäftigte beteiligten. Die Antworten waren recht eindeutig. 67,9 % der Befragten nehmen

große Lerngruppen als größten Faktor für die Arbeitsbelastung war, weit vor Personalmangel (46,6 %), schlechter technischer Ausstattung (45,5 %) oder Lärm (45,1 %). Corona und die daraus resultierende Teilung der Klassen im letzten Schuljahr zeigten das Potenzial kleinerer Klassen. Schüler:innen können ungestört lernen, werden häufiger wahrgenommen und neben einer effektiveren Lernzeit bleibt in kleineren Klassen auch mehr Zeit dafür, mit Schüler:innen wirklich zu sprechen und ihre Sorgen und Probleme ernst zu nehmen. Dadurch kann in kleineren Klassen individueller gefördert werden.

Konkret sehen die Forderungen wie folgt aus. In der Grundschule (in Berlin 1. bis

6. Klasse) sollen maximal 19 Schüler:innen pro Klasse lernen, im 7. Jahrgang 21, in der achten bis dreizehnten Klasse sollen es 24 sein dürfen und in Leistungskursen maximal 17. Heute sind es oft deutlich mehr. Aber nicht nur das, auch die Anzahl an Schulsozialarbeiter:innen und Schulpsycholog:innen soll geregelt werden.

Die Unzufriedenheit wächst

Die Wut und der Frust vieler Kolleg:innen sind groß. Corona hat die Probleme des Bildungssystems sehr deutlich gezeigt. Kinder aus finanziell schwachen Familien haben zum Teil komplett den Anschluss verloren. Lehrer:innen, Schüler:innen und insbesondere die Schulen sind für den digitalen Unterricht schlecht vorbereitet und ausgestattet. In Berlin hat es gut ein Jahr gedauert, bis Lehrkräfte ein Diensttablet bekommen haben. Die technische Ausstattung ist oft eine Katastrophe.

Von den Parteien ist wenig zu erwarten. Zwar schreiben alle in ihren Parteiprogrammen etwas von besserer Bildung und mehr Geld für Schulen, nur konkret wird es sehr selten. Die Pandemie hat außerdem gezeigt, dass von den schnell versprochenen Geldern am Ende nur wenig in den Schulen angekommen ist. Und wenn, dann wurden Millionen für „Digitalisierung“ in den Rachen der Computer- und Internetkonzerne geworfen – Datenschutz, Schüler:innenrechte oder kritische (Medien-)Bildung bleiben auf der Strecke. Ob es am Ende zu einer Verbesserung der Situation an den Schulen kommt, liegt vor allem daran, wie viele Lehrkräfte sich am Streik beteiligen und ob sie am besten noch Eltern und Schüler:innen mit ins Boot holen. ■

Von Karl Gebhard, Berlin



Nach der Bundestagswahl:

Komödie oder Tragödie mit offenem Ende

Wir haben es endlich hinter uns gebracht. Die Bundestagswahl 2021 ist vorbei und die Parteien, die sich die größten Chancen ausrechnen — das sind aktuell die Sozialdemokraten SPD, die Grünen und die Liberalen der FDP — verschanzen sich und sondieren. Das Ergebnis wird wohl noch ein wenig auf sich warten lassen.

Nach 16 Jahren Regierungen unter Kanzlerin Merkel, davon 12 Jahre in einer großen Koalition aus konservativer CDU/CSU und SPD, in deren Verlauf sich die prozentualen Stimmanteile dieser sogenannten Volksparteien fast halbiert haben, sprechen beide wieder von einem „Regierungsauftrag“. Dabei hat jeder der beiden Parteien gerade mal circa ein Viertel der Stimmen bekommen (für die SPD waren das absolut 11,9 Millionen Stimmen). Ein Viertel der Stimmen bedeutete einen „fulminanten Wahlsieg“ für Olaf Scholz von der SPD (ein Merkel im Wolfspelz) und eine ebenso fulminante Niederlage für Laschet von der CDU.

Wer hat wie gewählt - und wieso wählt keiner (mehr) die Linkspartei?

Natürlich sind Antworten auf diese Fragen viel Spekulation und bedeuten das Zusammentragen von Statistiken, mit denen man seit dem Wahltag überschüttet wird.

Auch wenn die Wahlbeteiligung leicht anstieg im Vergleich zu 2017, so haben doch 14,3 Millionen Wahlberechtigte gar nicht erst gewählt - das ist fast ein Viertel. Es sind vor allem Menschen in eher prekären Lebensverhältnissen und/oder mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Sie haben keinen Bock auf das Wahltheater.

Noch dazu kommt eine große Gruppe Menschen, die zwar in Deutschland leben und arbeiten, aber nicht wählen dürfen, da sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind 9,7 Millionen Menschen! Man kann davon ausgehen, dass ein Großteil dieser Menschen auch in prekären Berufen arbeitet — und nicht mal durch Stimmabgabe eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einfordern kann.

Die Parteien, die jetzt untereinander die nächste Regierung aushandeln repräsentieren den „Wähler:innenwillen“? Puhh, was für ein Witz.

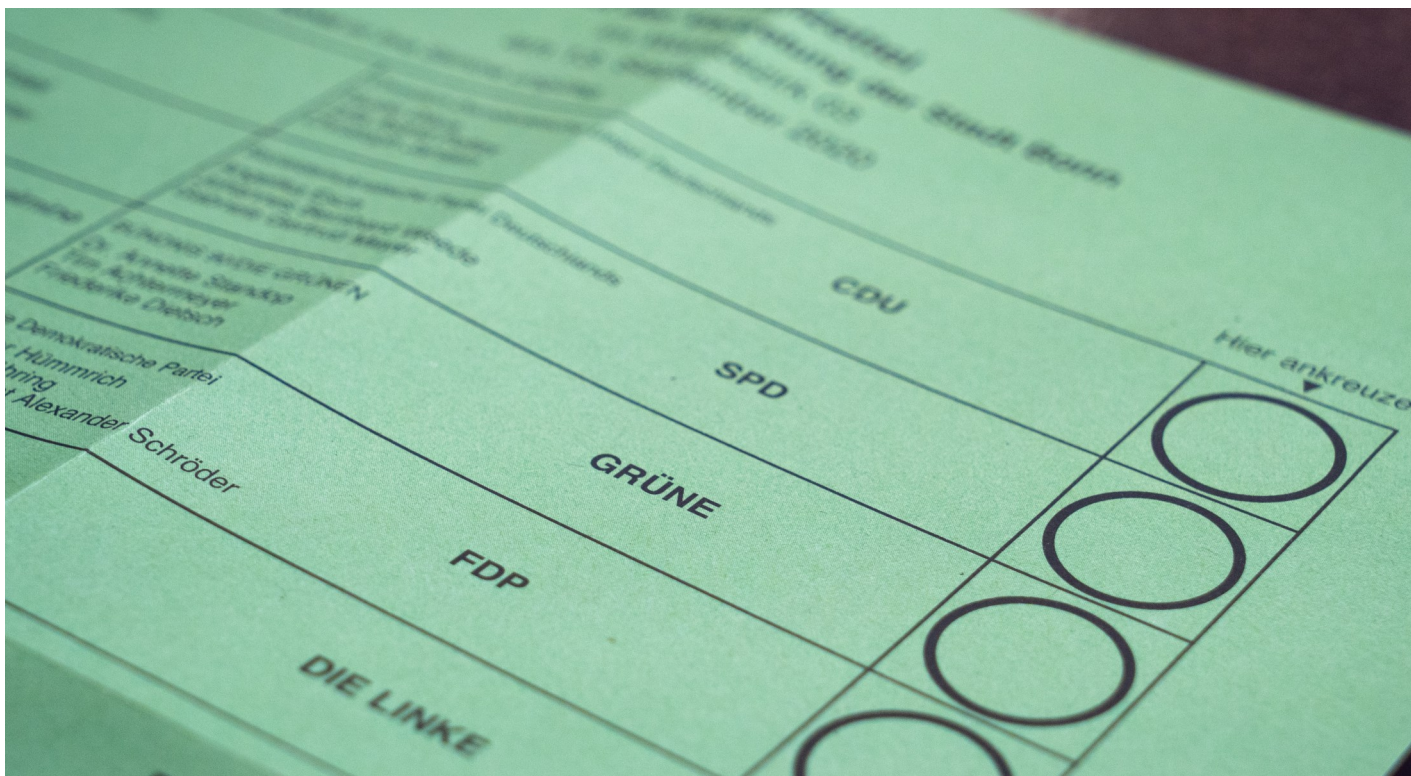
Erstwähler:innen waren. Wie konnte das passieren? War es wirklich der nachdenkliche Blick von Christian Lindner, der sie dazu bewegt hat, die Kreuzchen bei den Freien Demokraten zu setzen? Zum Glück nicht, aber die Politik der FDP gibt ein paar Anhaltspunkte, wieso sie bei der jungen Zielgruppe einen solchen Erfolg hatten. Zum einen ist sie in nur vier Landesregierungen vertreten, und seit über acht Jahren nicht mehr in der Bundesregierung, sind sie quasi zum Underdog geworden. Zum anderen fiel sie während der Corona-Pandemie unangenehm auf, indem sie die Lockdowns aus wirtschaftsliberaler Perspektive kritisierten – aber sie stürmten dabei nicht den Reichstag - vermutlich haben sie sich damit als Stimme der jungen Generation inszenieren können, die unter den Belastungen der Pandemie heftig gelitten hat, konfrontiert mit einer noch ungewisser erscheinenden Zukunft und alleingelassen mit finanziellen Lasten. Alleine und kein Geld, ist natürlich eigentlich nicht die beste Ausgangslage um den Markt frei walten zu lassen, aber in Ermangelung an anderen Ideen scheint es für viele die naheliegendste Lösung gewesen zu sein. Und wenn dann auch noch der Ausbau der Digitalisierung – ein Thema, was in den letzten Jahren so sträflich vernachlässigt wurde – das Kernwahlkampfthema ist, dann klärt sich das Bild auch zunehmend.

Laut Umfragen haben die Menschen in Deutschland gewählt, weil sie sich mehr „soziale Sicherheit“ wünschen. Obwohl das Wahlkampfthema der Linkspartei, wurde sie nicht mehr gewählt. Die Prozente der Linkspartei haben sich halbiert seit 2017 und ohne die Direktmandate hätte sie sogar den Einzug in den Bundestag verpasst. Grund ist

« Auch wenn die Wahlbeteiligung leicht anstieg im Vergleich zu 2017, so haben doch 14,3 Millionen Wahlberechtigte gar nicht erst gewählt - das ist fast ein Viertel. »

Eines fällt auf. Ältere Menschen wählen am liebsten CDU und SPD und ältere Menschen rufen auch einem am vehementesten ins Gewissen, man solle „strategisch“ wählen, wenn man die Stimme nicht an die größeren Parteien gibt, dann würde man sie ja quasi automatisch der AfD geben, eine Logik die sich in den letzten Jahren noch nicht ganz erschlossen hat. Schaut man sich die Statistiken an, so ist eines klar: Die Politik dieses Landes wurde nicht von den jüngeren Menschen entschieden.

Die Stimmen gingen allerdings dieses Jahr etwas weniger an die AfD (das ist ein bisschen beruhigend) - aber auch sehr viel weniger an die Linkspartei. Junge Menschen wählten dieses Jahr eher die Grünen und die FDP. Die Grünen sind nicht so verwunderlich. Die Klimabewegung der letzten Jahre, die Proteste von Fridays For Future seit 2018 sind sicherlich der Grund. Die FDP hingegen ist wirklich eine „erschreckendere“ Entwicklung. Die Statistik verrät uns, dass sie der Verkaufsschlager unter den



sicher, dass sie mit ihrer Politik in den letzten Jahren auch keine Antworten präsentiert haben und auch nicht als ernstzunehmend kämpferische Alternative aufgetreten sind. Sie sind in diversen Landesregierungen vertreten, das macht große soziale Versprechungen nicht gerade glaubwürdig. Allerdings hatte die Partei zeitgleich bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl merklich mehr Stimmen genau in den Gegenden, wo antikapitalistische Aktivist:innen der LINKEN Teil von sozialen Bewegungen sind und eine kämpferischere Politik vertreten – sehen wir es mal als positives Zeichen. Vermutlich war auch die große Abneigung gegen Armin Laschet und die CDU nicht hilfreich für DIE LINKE, denn die meisten Stimmen verlor die Partei an SPD und Grüne, deren Regierungsbeteiligung deutlich absehbarer war. Strategisches Wählen, da wären wir wieder. Lieber nicht die Linke wählen, die am Ende auch nichts verändern wird? Und so gingen viele Wähler:innen sicherlich mit ein wenig Bauchweh zur Wahl.

Es gibt Bewegung

Auch wenn vieles von diesem Zahlen-gedrehe nichts Gutes verheißt, soll das Fazit dieser Veranstaltung keineswegs negativ sein. Denn auch wenn - und seien wir ehrlich, wen überrascht das wirklich? - diese Wahl nichts ändern

wird, außer ein paar Witze, die wir uns in den kommenden Wochen der Sondierungsgespräche noch zu Gemüte führen (oder selbst ausdenken!) dürfen, sind die bunten Balken mit den Wahlergebnissen nicht die Realität. In der Realität ist nämlich schon ein bisschen was in Bewegung.

« Auch an anderer Stelle ist es eher eine motivierende Unruhe, die sich vor und auch nach den Wahlen breit macht. »»

In Berlin stimmten parallel die Bewohner:innen der Stadt für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ und fordern damit klar, dass sich die Berliner Regierung zu den Zuständen auf dem Wohnungsmarkt der Hauptstadt verhält - sowohl zu den steigenden Mieten, als auch vor allem im Fall der „Deutsche Wohnen“ das Herunterwirtschaften der Mietobjekte bei gleichzeitig steigenden Preisen. Auch wenn Franziska Giffey von der SPD, die voraussichtlich nächste Bürgermeisterin, eine Umsetzung des Volksentscheids kategorisch ablehnt, wartet die Bewegung nicht ab. Die lila-gelben Westen der Initiative hat man auf den Demonstrationen nach den Wahlen in Berlin schon wieder viel gesehen. Über eine Millionen Berliner:innen für den Volksentscheid gestimmt – von so viel

Wählerstimmen traut sich die SPD nicht einmal zu träumen.

Auch an anderer Stelle ist es eher eine motivierende Unruhe, die sich vor und auch nach den Wahlen breit macht. Da war der Streik der GDL in den letzten Sommertagen. In den Berliner Kranken-

häusern von Charité und Vivantes wird (und wurde) gestreikt und auch Lehrer:innen, der Einzelhandel und die Lieferant:innen von Gorillas sind nicht mehr bereit, unter den bestehenden Umständen zu arbeiten. Und die Forderungen gehen natürlich über die Löhne hinaus, die Menschen, müde von den Belastungen nach nun schon über 19 Monaten Pandemie, die allesamt auf ihren (unseren) Rücken ausgetragen wurden, wehren sich, vernetzen sich und zeigen, dass es so nicht weitergehen kann. Die soziale Ungleichheit steigt und welche Farben die Koalition am Ende des Herbstes auch haben wird, sie werden diese Krise und ihre Kosten umwälzen wollen und dagegen gilt es sich zu wehren. ■

Von Maria Brücke und Sabine Müller, Berlin

USA: Die Demokratische Partei und Biden Die Lüge des kleineren Übels

Politiker:innen aus den USA machen mal wieder aufmerksam auf sich – sei es die Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez (AOC), welche zur Met Gala ein Kleid trug auf dem „tax the rich“ (Besteuert die Reichen) stand. Oder sei es US-Präsident Joe Biden, in dessen Auftrag Geflüchtete an der mexikanischen Grenze von berittenen Polizist:innen verprügelt wurden. Biden gewann die Wahlen vor allem durch einen „Anti-Trump“-Wahlkampf und mit dem Versprechen, dass er „anders“ als sein Vorgänger regieren würde. Doch wie „anders-als-Trump“ ist Bidens Politik wirklich?

Das Biden-Kabinett

Schon mit der Zusammenstellung der neuen Regierung Anfang des Jahres zeigte Biden, wohin die Reise gehen soll. Im Großen und Ganzen spiegelt sein Kabinett eine Rückkehr zu Politik und Personal der Obama-Regierung wider. Viele der Personen, die er für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik ausgewählt hat, spielten eine Schlüsselrolle bei den Drohnenangriffen und den Bombenangriffen der USA im Irak, in Afghanistan, Syrien und im Jemen. Biden hat auch Personen ausgewählt, die in der Vergangenheit nachweislich enge Verbindungen zu Rüstungsunternehmen, Unternehmen für fossile Brennstoffe und Banken hatten.

Regierung den Ausbau der Mauer geplant.

Auch die harte Grenzpolitik scheint immer noch zu bestehen. Durch Klimakatastrophen und Corona kommen weiterhin viele Migrant:innen aus mittel- und lateinamerikanischen Ländern an der Südgrenze der USA an: 212.000 allein im Juli, darunter 19.000 unbegleitete Kinder. An der Grenze angekommen, ist die Behandlung der Migrant:innen auch nicht besser als unter der Trump-Regierung. Sie sind nicht nur gezwungen, in behelfsmäßigen Lagern entlang der Grenze zu leben, sondern einige Kinder werden immer noch von den Eltern getrennt, bevor diese über die Grenze zurückgeschickt

brände in Kalifornien oder die Überschwemmungen in New York City zeigen. Anfang September kündigte die Regierung einen neuen Klimaplan an, welcher z.B. vorsieht, den Anteil der Solarenergie an der gesamten Energieerzeugung der USA bis 2050 von 4 % auf 45 % zu erhöhen. Doch dieser Plan reicht bei weitem nicht aus, um die globale Klimakrise aufzuhalten. Es ist auch fraglich, ob die Demokraten den Plan überhaupt durchsetzen können (bzw. wollen) – angesichts der Verbindungen vieler ihrer eigenen Mitglieder zur fossilen Industrie.

Biden, ein Sozialist!?

Gleich am Anfang der Trump-Regierung wurde eine große Steuerreform umgesetzt, von der vor allem Reiche und Großunternehmen profitiert haben. Diese Steuerreform will Biden nun entkräften und plant eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes (bei Einkommen über 400.000 \$ pro Jahr) von 37 auf 39 %. Auch die Unternehmenssteuern sollen von 20 auf 39 % steigen – jedoch war das auch der ungefähre „Vor-Trump“-Steuersatz.

Mit den Steuererhöhungen plant Biden u.a. eine 3,5 Billionen \$ schwere Sozialreform zu finanzieren. Über mehrere Jahre hinweg sollen z. B. Kinderbetreuung, Bildung, Fürsorge für Ältere oder der Zugang zu einer Krankenversicherung ausgebaut werden. Diese Reform wäre bitter nötig, denn die Coronapandemie hat vor allem die arme Bevölkerung der USA getroffen. Viele wurden arbeitslos, konnten ihre Miete oder die Krankenhauskosten nicht mehr bezahlen. Über 9 % der Arbeiter:innen sind arbeitslos und mehr als 11 % der Bevölkerung lebt in Armut.

◀◀ Aber wie wir aus Europa wissen, ist eine soziale Absicherung kein Sozialismus und es löst auch nicht die grundlegenden Widersprüche in unserer Gesellschaft [...] werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, das wird auch Biden nicht ändern (wollen). ▶▶

Wir haben nicht vor eine Mauer zu bauen...

Einer der Wahlversprechen Bidens war, den initiierten Mauerbau von Trump an der mexikanischen Grenze zu stoppen. Und obwohl einer seiner ersten Erlasse im Januar dieser Stopp war, bestehen bis heute noch Baustellen und Teilabschnitte der Mauer werden weitergebaut. Zusätzlich wird Land an der US-Südgrenze enteignet, wie z.B. im April in Hidalgo County in Texas. Hier wurden über 24.000 m² Land vom Staat beschlagnahmt – und genau auf diesem Gelände hatte schon die Trump-

werden - ein ekelhaftes Überbleibsel der Trump-Politik. Ein Anwalt der Migrant:innen beschreibt die Situation wie folgt: „[...] es werden die Menschen auch unter Biden zurückgeschickt und sitzen fest. Die Grenze ist nicht wirklich anders“.

Halbherziger Klimaschutz

Mit dem Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen im Februar wollte Biden scheinbar signalisieren, dass das Thema Klima ernst genommen wird. Und etwas muss er tun, denn die Klimakatastrophe ist auch in den USA angekommen, was die verheerenden Wald-



Aber wie wir aus Europa wissen, ist eine soziale Absicherung kein Sozialismus und es löst auch nicht die grundlegenden Widersprüche in unserer Gesellschaft – selbst wenn die Krankenhausrechnungen bezahlt werden und es eine staatliche Rente gibt – werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, das wird auch Biden nicht ändern (wollen).

Außenpolitisch kaum eine Änderung

Während der Trump-Regierung wurde Politik unter dem Slogan „America first“ (Amerika an erster Stelle) geführt – damit sollte die US-amerikanische Wirtschaft geschützt und neue Arbeitsplätze in den USA geschaffen werden. Es wurden Handelsabkommen gekündigt und Zölle eingeführt, vor allem gegen China und auch gegenüber der EU.

Außenpolitisch knüpft z. B. Bidens China-Politik nahtlos an der von Trump an – wie Trump sieht er China als Systemrivalen an. Ein Ausdruck dieser Politik ist der „U-Boot-Skandal“ mit Australien. Ein Deal zwischen Canberra und Paris, für mehrere Milliarden Euro U-Boote bauen zu lassen, endete damit, dass diese U-Boote nun in Australien mit US-amerikanischer Kooperation und Nukleartechnik gebaut werden. Die Verhandlungsgespräche für diesen Deal begannen schon vor 1,5 Jahren unter

Trump. Durch den (verlorenen) US-Krieg in Afghanistan – welcher mit katastrophalen Folgen für die dortige Bevölkerung und schlechteren Umfrageresultaten für Biden beendet wurde (mehr zu Afghanistan in Aurora Nr. 18) – sowie mit der schwindenden Bedeutung des transatlantischen Militärbündnis NATO, müssen neue Wege gefunden werden, politische und militärische Präsenz auf der anderen Seite der Welt auszubauen. Daher macht auch Biden knallharte Geopolitik für die Interessen des US-Kapitalismus und nimmt eine Schwächung des Bündnisses mit der EU in Kauf.

Die aufstrebende Wirtschaftsmacht China hat dagegen im vergangenen Jahrzehnt unter anderem Marinebasen in ihrer Nachbarschaft aufgebaut und ihre militärische Schlagkraft massiv erhöht – auch um ihre wirtschaftlichen Interessen durchsetzen zu können. Zusätzlich führt ein bedeutender Teil der Welthandelsrouten durch die internationalen Gewässer im südchinesischen Meer, welche in Zukunft hart umkämpft werden. Bidens Politik will den US-Imperialismus genau für diese sich zuspitzende Konfrontation mit China vorbereiten.

Yes - Tax the rich!

Ja, „Besteuert die Reichen“ ist eine Ant-

wort auf die soziale Krise, nicht nur in den USA. Aber auch vermeintlich linke Politiker:innen wie AOC stützen die herrschende kapitalistische Politik. Sie stimmte immer wieder für die Erhöhung des Militärbudgets (z.B. 2019 beim Bipartisan Budget Act) oder 2020 für HR133 – ein Beschluss, der 1,3 Mrd. \$ für die Grenzmauer zu Mexiko sowie 8 Mrd. \$ für die Grenz- und Zollpolizei zur Verfügung stellt. Dass weder Biden noch AOC, noch die Demokratische oder die Republikanische Partei etwas an diesem System ändern werden, wird immer wieder klar. Nur große soziale Bewegungen wie Occupy, #metoo, #BlackLivesMatter oder etwa die Streiks der Fast-Food-Arbeiter:innen können zu positiven Veränderungen führen. ■

Von Rosa Anders, Berlin

Referenzen

- 1 Für mehr Informationen zu den Personen des Kabinetts (in Englisch): <https://speakoutsocialists.org/bidens-cabinet-a-return-to-normal>
- 2 <https://www.fr.de/politik/joe-biden-donald-trump-usa-mauer-mexiko-bau-grenze-90463221.html>
- 3 <https://www.n-tv.de/politik/Biden-macht-weiter-wo-Trump-aufhoerte-article22821182.html>

VERANSTALTUNGEN

Neben regelmäßigen Online-Veranstaltungen (Termine und Links über unsere Website und Sozialen Medien) könnt ihr uns nun auch wieder in Real erleben.

Düsseldorf | 18:30 Uhr | Heinrich-Heine Uni (Treffpunkt Heine-Statue)

Do, 14.10: „Klimakrise nach der Bundestagswahl — eine revolutionäre Perspektive“

Mi, 20.10: „Feminismus, Marxismus und Intersektionalität — Kämpfe verbinden!“

Düsseldorf | 19 Uhr | Café Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 21.10: Filmabend im Solaris — weitere Infos auf Homepage und Social Media

Do, 28.10: „Der KPÖ Wahlsieg in Graz, Kommunismus in der Steiermark? Kneipen- und Diskussionsabend“

Alle bisherigen Referate findet ihr auf unserem
YouTube Kanal:
Revolutionär Sozialistische Organisation

Hier findet ihr uns online

Deutschland

www.sozialismus.click

  [rsodeutschland](#)

Österreich

www.sozialismus.net

 [rso_organisation](#)

 [rsoorganisation](#)



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unter-

schiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechts-extremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau

Ihr erreicht uns in
Deutschland unter:

info@sozialismus.click
www.sozialismus.click
+49 1777 800571

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net
www.sozialismus.net

einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr auf www.sozialismus.click/was-wir-wollen/